Interkultureller Rat in Deutschland e.V.

An verschiedene Medien Darmstadt, den 22. Oktober 2002

Pressemitteilung

Forderung an die neue Bundesregierung: Zügige Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wurde vereinbart, „gezielt Diskriminierungen zu beseitigen“. In diesem Sinne hat die Europäische Union bereits Richtlinien erlassen, die auch die Bundesrepublik Deutschland zum Erlass von antidiskriminierenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften verpflichten.

Der Interkulturelle Rat fordert die Bundesregierung und insbesondere die neue Bundesjustizministerin Brigitte Zypries anläßlich ihrer heutigen Vereidigung dazu auf, diese Richtlinien zügig umzusetzen. Der Interkulturelle Rat hat dazu eine Stellungnahme erarbeitet, die heute veröffentlicht wird.

Zu den Forderungen des Interkulturellen Rates gehören:

- Zivilrechtliche Konsequenzen für Diskriminierung in den Bereichen Verkauf und Vermietung von Wohnungen, Ausbildung und Beschäftigung, Zugang zu Organisationen und Vereinen sowie Warenverkauf und öffentliche Dienstleistungen
- Wirksame Vorkehrungen zur Durchsetzung der rechtlichen Ansprüche der Opfer
- eine Verschärfung der strafrechtlichen Normen bei der Verfolgung von ausländerfeindlichen und rassistischen Übergriffen, Gewaltakten und Propaganda
- Erfassen, dokumentieren und veröffentlichen von Diskriminierungsfällen von amtlichen Stellen

Seit seiner Gründung 1994 setzt sich der Interkulturelle Rat für antidiskriminierende Regelungen in Deutschland ein. „Unsere Geschichte und die gesellschaftliche Realität von Diskriminierungen bis hin zu tätlichen Angriffen aus rassistischen Beweggründen verlangen von der Bundesregierung ein mutiges und entschlossenes Umsetzen der geforderten Schritte. Wir verlangen, dass es nicht nur zu Minimallösungen kommt“ erklärt Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates und fährt fort: „Deshalb werden wir auch die erforderliche Arbeit der neuen Bundesregierung konstruktiv und kritisch begleiten“.

Die Stellungnahme des Interkulturellen Rates wurde erarbeitet von Rechtsanwältin Kadriye Aydın aus Darmstadt, Roland Graßhoff vom Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz und Prof. Dr. Axel Schulte von der Universität Hannover. Vorstand und Mitgliederversammlung des Interkulturellen Rates haben ihr zugestimmt.

Die Stellungnahme ist per E-Mail zu bestellen unter info@interkultureller-rat.de. Für Nachfragen steht auch Rechtsanwältin Kadriye Aydın zur Verfügung (Tel: 06151-2780001).

gez. Katja Schubert

Riedstraße 2
64295 Darmstadt
Telefon 06151-33 99 71
Telefax 06151-3919740
e-mail: info@interkultureller-rat.de
www.interkultureller-rat.de
Postbank Frankfurt
Konto 64 71 50-604
BLZ 500 100 60